

Bildungsminister Meisch plant neue Ausbildungszentren und hofft so die Zahl der Schulabbrecher zu reduzieren

Schulpflicht bis 18



Die Kontrolle der Schulpflicht wird künftig nicht mehr von den Gemeinden ausgeübt, sondern vom Bildungsministerium. Foto: AFP

POLITIK & GESELLSCHAFT / MICHÈLE GANTENBEIN

Die Verlängerung der Schulpflicht von 16 auf 18 Jahre kam wie aus dem Nichts. Am 23. September hatte Bildungsminister Claude Meisch (DP) sie bei einer Pressekonferenz in einem Nebensatz erwähnt und die Koalitionspartner damit völlig überrascht. Die Aufregung war groß und die Fraktionen der drei Regierungsparteien kamen umgehend zu einer Dringlichkeitssitzung zusammen, um von Claude Meisch zu erfahren, was er genau beabsichtigt. Gestern hat er den Gesetzentwurf vorgestellt.

Mit der Verlängerung der Schulpflicht will er dem Schulabbruch entgegenwirken und verhindern, dass schulmüde und unmotivierte junge Menschen mit 16 Jahren ohne Schulabschluss von der Bildfläche verschwinden. Im Schnitt brechen jedes Jahr knapp 700 Schüler zwischen 16 und 18 Jahren die Schule ab. 2020/21 haben Claude Meisch zufolge 647 Schüler die Schule abgebrochen, zwölf Prozent von ihnen seien daraufhin einer bezahlten Arbeit nachgegangen, „88 Prozent aber gehen weder zur Schule, noch arbeiten“.

Liser-Umfrage: nur 22 Teilnehmer

Das Liser hat 2020/21 im Auftrag des Bildungsministeriums eine Umfrage bei 16- und 17-jährigen Schulabbrechern durchgeführt, um zu erfahren, warum sie der Schule den Rücken zugekehrt haben. Aus den Ergebnissen hat das Liser fünf Profile identifiziert, wobei aber die Teilnehmerzahl mit nur 22 Jugendlichen äußerst gering war. Bei 647 Schulabbrechern entspricht das einer Quote von gerade einmal 3,4 Prozent. Die fünf Profile definiert das Liser folgendermaßen: Eine Gruppe bricht die Schule ab, weil sie den Sprung in die gewünschte Ausbildung nicht geschafft hat. Bei einer zweiten Gruppe führen familiäre und gesundheitliche Probleme zum Schulabbruch. Bei einer dritten Kategorie stehen Verhaltensprobleme und Konflikte mit Lehrern im Mittelpunkt. Eine vierte Gruppe hat Probleme, eine Lehrstelle zu finden beziehungsweise bei der Stange zu bleiben. Eine fünfte Gruppe zeichnet sich dadurch aus, dass die Schüler schon sehr früh wissen, was sie beruflich machen wollen und die Schule abbrechen, um ihren Traum zu verwirklichen.

Nun gibt es bereits zahlreiche Hilfs-, Aktivierungs- und Präventionsprogramme, wie sie zum Beispiel von der Action locale jeunes (ALJ) des Service national de la jeunesse (SNJ) angeboten werden. Diese Maßnahmen hätten auch ihre Früchte getragen, sagte Meisch. So sei die Zahl der Schulabbrecher zwischen 2016/17 und 2019/20 von 8,15 auf 6,92 Prozent zurückgegangen. Allerdings sei sie 2020 Covid-bedingt wieder auf 8,20 Prozent gestiegen. Viele von ihnen hätten 2021/22 den Weg aber wieder zurück in eine Ausbildung gefunden.

Obwohl es also Strukturen und Programme im bestehenden Bildungssystem gibt, die den Schulabbruch verhindern sollen, sieht Claude Meisch die Notwendigkeit, für 700 Schüler ganz neue Strukturen und Angebote zu schaffen. „Wir stoßen an unsere Grenzen und sollten deshalb neue Wege einschlagen“, meinte er.

Dabei gehe es ihm nicht darum, die Schulverweigerer zu zwingen, einfach nur länger die Schulbank zu drücken, sondern er wolle sie gezielt unterstützen. „Wir brauchen für diese Schüler eine stärkere psychosoziale Betreuung in den Schulen, aber auch neue Ausbildungsformen in- und außerhalb der Schulen, die immer zum Ziel haben müssen, einen normalen Schulabschluss zu machen.“

Neue Ausbildungszentren

Als Modell dienen die Centres d'insertion socioprofessionnelle (CISP), wie sie zum Beispiel in Esch/Alzette von Arcus (Centre Formida) in Zusammenarbeit mit dem Lycée Guillaume

Kroll und in Esch/Sauer vom Liewenshaff in Zusammenarbeit mit dem Lycée du Nord angeboten werden. Auch das Jongenheem und das Kannerduerf sind mögliche Partner, die maßgeschneiderte Ausbildungsprogramme anbieten könnten, allesamt private Träger.

Wie viele Strukturen geschaffen und wer die Träger sein werden, darüber schweigt sich das Bildungsministerium aus. Man habe den Bedarf auf Basis der Schulabbrecherzahl ermittelt, hieß es gestern. Das Kabinett werde sich in den kommenden Wochen zur Schaffung neuer CISP äußern.

Die Schüler, die ein solches Ausbildungszentrum besuchen, bleiben laut Meisch in einem Lycée d'attache eingeschrieben. Die Schule bleibe für die Vermittlung von schulischen Inhalten und die Zertifizierung verantwortlich, auch wenn „gewisse Aktivitäten“ – also auch die schulische Ausbildung – in den CISP und nicht in der Schule stattfinden.

Bildungsminister Meisch betonte noch, dass Schüler, die sich einer regulären Berufsausbildung befinden, ihrer Schulpflicht nachkommen. „Es ist nicht so, dass die Schüler erst ab 18 eine Ausbildung in einem Betrieb beginnen können.“ Ausgenommen von der Schulpflicht sind Schüler, die ihren Abschluss vor ihrem 18. Lebensjahr machen.